



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Oktober 2021
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

M 700 Motion Nussbaum Adrian und Mit. über die Schaffung rechtlicher Grundlagen für eine Zertifikats- und/oder Testpflicht / Staatskanzlei

Die Motion M 700 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Bernhard Steiner lehnt die dringliche Behandlung ab. Adrian Nussbaum hält an der Dringlichkeit fest.

Bernhard Steiner: Die SVP lehnt die Dringlichkeit der Behandlung der Motion M 700 von Adrian Nussbaum ab. In den Erläuterungen des Bundesrates zur Covid-19-Verordnung wird eine Zertifikatspflicht für Kantonsparlamente, Landsgemeinden und Gemeindeversammlungen explizit ausgeschlossen. Der Grund dafür ist, dass es gesetzliche Gründe gibt, das Stimmrecht nur bei physischer Anwesenheit ausüben zu können. Es müsste also ein neues kantonales Gesetz geschaffen werden. Der Entwurf dieses Gesetzes, die Vernehmlassung und die zweimalige Beratung in diesem Rat würden sowieso einige Monate dauern, und die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Bundes werden in dieser Zeit sowieso geändert werden. Aus diesen Gründen lehnen wir die dringliche Behandlung ab.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Es ist Ihre Kantonsratssession, und Sie entscheiden darüber. Der Regierungsrat ist selbstverständlich bereit, den entsprechenden Gesetzesentwurf zu schreiben. Genau weil es dauert, bis dieser Gesetzesentwurf steht, ist die Regierung der Ansicht, dass dies sofort an die Hand genommen werden muss, falls es gewollt ist. Wir bitten Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 91 zu 20 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Adrian Nussbaum hält an seiner Motion fest.

Hannes Koch beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Bernhard Steiner beantragt Ablehnung.

Adrian Nussbaum: Ich danke der Regierung für die Bejahung der Dringlichkeit und für ihre Bereitschaft, raschestmöglich eine Botschaft auszuarbeiten. Ich bitte darum, die Motion voll zu unterstützen. Die Mitte-Fraktion wird dies einstimmig tun. Ich bin etwas enttäuscht, ja gar etwas zornig, dass diese Gesetzesvorlage überhaupt notwendig geworden ist, vor allem auch, weil sie selbst bei einer raschestmöglichen Umsetzung zu spät kommen wird. Von der Bevölkerung wird ein Zertifikat verlangt, wenn sie beispielsweise ins Kino gehen, den Eishockey-Match der Tochter schauen oder sich in der Stammbeiz ein Bier genehmigen will. Der Bund hat die kantonalen Parlamente bewusst von dieser Pflicht ausgenommen. Er tat dies, weil er unsere Souveränität wahren wollte. Souveränität heisst aber auch Verantwortung. Verantwortlich würden wir handeln, wenn unser Rat sich freiwillig einer

3G-Regelung unterstellen würde. Unsere Fraktion wäre dazu sofort bereit, selbst die nicht Geimpften, und ich weiss, dass ein Grossteil von Ihnen – geschätzte Kollegen und Kolleginnen – diese Bereitschaft auch haben. Am Ende verhindern aber eine Handvoll oder ein Dutzend Luzerner Kantonsräte eine solche freiwillige Unterstellung unter eine 3G-Regelung. Diese Handvoll Personen sind es, die verhindern, dass wir in den Kantonsratssaal zurückkehren können. Diese Handvoll Personen sind es, welche die Mehrkosten für die auswärtigen Sessionen zu verantworten haben. Interessant ist, dass nach meiner Einschätzung die meisten dieser Personen aus einer Fraktion kommen, die ansonsten stets betont, dass der Staat zu viel Geld ausbebe. Wenn es aber wie hier um ein Prinzip geht, dann sind die Mehrkosten von mehreren Hunderttausend Franken auf einmal gerechtfertigt. Das verstehe ich nicht. Nicht zuletzt sind es diese Handvoll Personen, die verhindern, dass der Kantonsrat Luzern seine Vorbildrolle wahrnehmen kann. Ich verstehe dieses sture Verhalten nicht, die Mitte-Fraktion ebenso wenig und auch nicht die Luzerner Bevölkerung, und dies unabhängig davon, ob man das Covid-Gesetz gut oder schlecht findet, unabhängig davon, ob man die Zertifikatspflicht gut oder schlecht findet, und unabhängig davon, ob man ein Impfgegner oder Impfbefürworter ist. Dann machen wir halt ein Gesetz, wenn es nicht anders geht – schade. Vielleicht lassen sich diese wenigen Personen hier im Saal dennoch überzeugen, dass wir mit einer freiwilligen 3G-Regel oder einer anderen Lösung die Rückkehr in den Kantonsratssaal schaffen. Ich verbinde diese Hoffnung mit der Erwartung, dass alle meine Fraktionschef-Kolleginnen und -Kollegen, insbesondere von Fraktionen, welche dieser freiwilligen 3G-Regel nicht zustimmen können, an der nächsten Sitzung der Geschäftsleitung des Kantonsrates konkrete Vorschläge unterbreiten, mit welchen Regeln wir ab Januar in den Kantonsratssaal zurückkehren können. Andere Kantone, wie beispielsweise Bern und Solothurn, zeigen, dass dies möglich ist. Sollte der Kanton Luzern dies nicht hinkommen, würde ich dies als peinlich empfinden. Aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Hannes Koch: Ich spreche für eine kleinere Mehrheit der G/JG-Fraktion. Uns ist es weniger wichtig, die Session wieder in der Stadt Luzern abhalten zu können, sondern es geht uns darum, dass alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier dieselben Rahmenbedingungen und Regeln wahrnehmen, wie sie täglich von der Allgemeinheit verlangt werden. In diesen Regeln ist die Zertifikatspflicht, welche seit dem 13. September 2021 in Restaurants, Kultur- und Freizeit- sowie in unserem Falle bei Veranstaltungen in Innenräumen gilt. Weil mit dem Zertifikat nur noch Personen aufeinandertreffen, die nicht ansteckend sind oder ein nur geringes Risiko haben, sich anzustecken, wird das Übertragungsrisiko stark reduziert. An Veranstaltungen mit Zertifikatspflicht entfallen zudem alle anderen Schutzmassnahmen, wie beispielsweise die Maskenpflicht. Der Parlamentsbetrieb ist jedoch ein Anlass zur politischen Meinungsbildung, und dazu gibt es Ausnahmeregelungen. In unserem Falle entfällt die Zertifikatspflicht, wenn maximal 50 Personen zusammenkommen. Der Rat besteht indes aus 120 Personen, hinzu kommen noch eine Vielzahl an Personen, die den Parlamentsbetrieb überhaupt möglich machen. Diesen sei bei dieser Gelegenheit ein Dank ausgesprochen. Wir erachten es demnach als wichtig und richtig, uns an dieselben Regelungen zu halten und dass die Regierung eine Gesetzesgrundlage verfasst. Meine kleine Mehrheit ist somit derselben Meinung, wie sie vorhin von Adrian Nussbaum vertreten wurde. Allerdings ist es schade, dass Adrian Nussbaum wütend ist, wenn es heute um eine wichtige politische Diskussion geht. Den Grünen und Jungen Grünen geht es eben nicht nur um die monetäre Ersparnis. Uns geht es um die Sicherheit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Unter Umständen sind darunter Leute, welche sich nicht impfen lassen können. Unter Umständen gibt es Leute, die ansonsten nicht am Parlamentsbetrieb teilnehmen können. Dies darf nicht sein. Genau dies ist der Grund, warum wir für eine teilweise Erheblicherklärung argumentieren. Wir sind der Meinung, dass trotz Zertifikat die Sicherheit im engen Kantonsratssaal beachtet werden muss. Es kann deshalb sein, dass wir nach wie vor in einem grösseren Saal tagen müssen, jedoch dank der Zertifikatspflicht mit den damit verbundenen Erleichterungen. Solche Lösungen auszuarbeiten, ist aber nicht an uns,

sondern die Aufgabe der Verwaltung und der Regierung, worüber wir sehr froh sind. Schlussendlich wollen wir für uns dieselben Regeln, wie sie die Allgemeinheit tagtäglich zu erfüllen hat. Eventuell ist nun der Moment, wo es sich anschickt zu überlegen, ob wir beim Bau des schönen neuen Verwaltungsgebäudes nicht auch einen zukunftstauglichen Saal bräuchten. Schliesslich ist nicht davon auszugehen, dass dies die letzte Pandemie sein wird. Bitte unterstützen Sie die teilweise Erheblicherklärung der Motion. Sie ist wichtig – diese Ansicht teilen wir mit dem Motionär und der Mitte –, aber es muss gewährleistet werden, dass alle sicher am Ratsbetrieb teilnehmen können.

Bernhard Steiner: Die SVP-Fraktion lehnt das Anliegen der Motion M 700 ab. Als grundlegende Argumente führt der Motionär Adrian Nussbaum nur unspezifische Gründe an, so zum Beispiel, dass dies das Bundesparlament ja auch eingeführt habe oder dass das Kantonsparlament hier eine Vorbildfunktion einzunehmen hätte. Weiter könnten durch die Zertifikatspflicht die Kantonsratssessionen wieder im angestammten Saal durchgeführt werden, was die Zusatzkosten einzusparen helfe. Zu beachten ist allerdings die rechtliche Situation: In den Erläuterungen des Bundesrates zur Covid-19-Verordnung wird explizit festgehalten, dass eine Zugangsbeschränkung durch eine Zertifikatspflicht für eine politische Versammlung einer Legislative unzulässig ist. Die Grundlage dazu ist unsere Verfassung, welche die Ausübung der politischen Rechte garantiert. Die Wahrnehmung dieser Rechte darf nicht an irgendwelche Voraussetzungen geknüpft werden. Die gewählten Mitglieder des Kantonsrates haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, an diesen Sitzungen teilzunehmen. Diese Pflicht hat meines Erachtens nichts mit einer Vorbildfunktion zu tun. Es fällt in den Ausführungen des Motionärs und der Regierung auf, dass mit keinem Wort die Gesundheit und die Sicherheit der Ratsmitglieder im Vordergrund stehen. Darum erlauben Sie mir als Arzt und Betreuer von zahlreichen Familien und Patienten mit Covid, einige warnende Ausführungen darzulegen, denn aus Sicht der SVP sollte es nämlich das Ziel sein, dass die Schutzkonzepte einen möglichst hohen Schutz vor Ansteckung erreichen würden. Das Wort Zertifizierung bedeutet denn auch nichts anderes, als sicher machen, beglaubigen und bescheinigen. Mit dem Covid-19-Zertifikat wird bescheinigt, dass der Träger entweder geimpft, genesen oder getestet ist. Es bedeutet aber nicht, dass der Geimpfte beispielsweise nicht ansteckend sein kann. Grundsätzlich können nämlich dort Ansteckungen passieren, wo Menschen in Innenräumen zusammenkommen. Darum wird auch von den amerikanischen Gesundheitsbehörden, den Centers for Disease Control and Prevention (CDC), klar belegt, dass in Innenräumen geimpfte Personen, welche keine Maske tragen, das Corona-Virus sehr rasch auf andere geimpfte oder ungeimpfte Personen weiterverbreiten können. In diesem Sinn sind die engen Sitzverhältnisse in unserem alten Ratssaal doch recht unvorteilhaft, und dies kann nur durch das Tragen von Masken und die Einhaltung von Abstandsregeln verhindert werden. Die SVP lehnt es darum ab, dass die Verfassung derart strapaziert wird und ein neues kantonales Gesetz geschaffen werden soll. Der Entwurf dieses Gesetzes, die Vernehmlassung und die zweimalige Beratung in diesem Rat plus die Referendumsfrist werden einige Monate dauern, und die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Covid-19-Verordnung werden in dieser Zeit sowieso wieder geändert werden. Aus diesen Gründen lehnen wir die Motion klar ab.

Monique Frey: Das Ziel aller Covid-Massnahmen ist, das Gesundheitswesen nicht zu überlasten, damit es seine Aufgaben erfüllen kann: ältere, kranke und immungeschwächte Personen vor einer Ansteckung zu schützen, aber auch jene Menschen, die sich aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation nicht impfen lassen können. Damit ist klar, dass der Königsweg die Durchimpfung der Gesellschaft ist. Der Bundesrat hat festgelegt, für welches Zusammentreffen von Menschen ein Zertifikat gefordert wird. Er hat klar definiert, wann dieses Zertifikat nicht notwendig ist: beim Einkaufen, beim Coiffeur, am Arbeitsplatz, an den Hochschulen und eben auch an Veranstaltungen der politischen Meinungsbildung. Dies führt auch der Regierungsrat aus und zitiert, dass eine Zertifikatszugangsbeschränkung für politische Versammlungen der Legislative unzulässig ist. Hintergrund ist der verfassungsmässige Anspruch auf die Ausübung der politischen Rechte, deren Wahrnehmung nicht an irgendwelche Voraussetzungen geknüpft wird. An den Sessionen

sollen weiterhin alle teilnehmen können, auch ohne Zertifikat. Der politische Meinungsbildungsprozess soll alle einbeziehen, die gewählt wurden, und niemanden ausschliessen. Nun, im Bundesparlament und in einigen kantonalen Parlamenten wurde es trotzdem erlassen. Aber es ist eine «Zertifikatslösung plus»: Wer über kein Zertifikat verfügt, kann den Sessionen mit dem Tragen einer Maske dennoch beiwohnen. Diese Motion geht indes klar zu weit, und eine vollständige Überweisung ist aus rechtlichen Gründen meiner Ansicht nach gar nicht möglich, deshalb der Antrag auf teilweise Überweisung meines Fraktionskollegen Hannes Koch. Einen noch entscheidenderen Grund, warum eine Minderheit der G/JG-Fraktion die Motion ablehnt, ist die Hauptmotivation des Motionärs, in den Kantonsratssaal zurückzukehren und damit Geld zu sparen, denn diese Rückkehr in den engen Saal ist illusorisch. Mit dem aktuellen Verlauf der Covid-19-Pandemie ist das Zertifikat leider nicht der Königsweg. Die Sicherheit wird vorgegaukelt. Es gibt immer mehr Impfdurchbrüche. Ein Zertifikat reicht nicht mehr aus, um sicher vor Ansteckungen zu schützen. Dafür bräuchte es ein vorgängiges Testen aller Teilnehmenden. Deshalb komme ich auf mein Eingangsvotum zurück: Unser Ziel ist der Schutz vor den Viren, der Schutz, dass man andere Menschen nicht ansteckt, und auch der Schutz von Menschenleben. Auch aus gesundheitlichen Aspekten bringt diese Motion nichts, um in den Kantonsratssaal zurückzukehren. Die einzige praktikable Lösung verfolgt der Kantonsrat fast seit Anbeginn der Pandemie. Wir tagen in einem grossen Raum mit genügend Abstand und den nötigen Hygienemassnahmen. Wir tragen auch Masken. Damit tun wir das im Moment in unserer Situation Bestmögliche, um die Verbreitung des Virus zu verhindern. Eine Minderheit der Grünen und Jungen Grünen lehnt deshalb diese Motion ab. Ich bitte Sie, diesem Antrag zu folgen, auch im Sinn von Menschen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können und auch im Sinn von kränkeren Menschen, die ein weniger starkes Immunsystem haben und trotz einem Zertifikat im engen Kantonsratssaal nicht sicher wären.

Luzia Syfrig: Seit dem 13. September gilt in der Schweiz die Covid-19-Zertifikatspflicht. Parlaments- und Gemeindeversammlungen sind von dieser Regelung ausgenommen. Damit will man die politischen Rechte wahren. Seit bald einem Jahr finden die Kantonsratssessionen in Sursee statt, weil diese im Kantonsratssaal pandemiebedingt aus Platzgründen nicht möglich sind. Jeder Sessionstag verursacht Mehrausgaben, welche von den Steuerzahlenden zu bezahlen sind. Dies ist für die Bevölkerung nicht nachvollziehbar. Daher muss möglichst rasch eine Rückkehr in den Kantonsratssaal angestrebt werden. Als Parlamentarierinnen und Parlamentarier üben wir eine Vorbildfunktion aus. Die Bevölkerung versteht nicht, warum in vielen Bereichen die 3G-Regel gilt und wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier uns dagegen wehren. Sogar Parteiversammlungen werden nach 3G durchgeführt. Für Leute, die sich nicht impfen lassen wollen, besteht ja die Möglichkeit, sich testen zu lassen. Geben wir uns also einen Ruck und sagen Ja zu einer Schaffung gesetzlicher Grundlagen. Andere Kantone haben dies auch geschafft, Nidwalden sogar freiwillig. Zudem ersetzt eine Zertifikatspflicht die einschränkende Schutzmassnahme der Maskenpflicht und leistet einen Beitrag zum Schutz des Gesundheitswesens vor Überlastung. Die FDP-Fraktion ist für die Erheblicherklärung dieser Motion.

Simon Howald: Die einschränkende Corona-Situation gilt unterdessen schon eine halbe Ewigkeit. Auch unser Ratsbetrieb ist von diesen Auswirkungen stark betroffen. Nur ein riesiger Einsatz der Staatskanzlei und von weiteren Helfenden ermöglicht es, die Sessionen überhaupt durchzuführen, zuerst in der Messe Luzern und später hier in der Stadthalle Sursee. Nun ist es an der Zeit, den nächsten Schritt anzupeilen: die Rückkehr in den Kantonsratssaal. Der Regierungsrat hat die Situation in seiner Stellungnahme verständlich beschrieben. Fazit: die Auferlegung einer Zertifikatspflicht auf Kantonsratsmitglieder im Zusammenhang mit der Teilnahme an den Sessionen muss auf einer formellen, gesetzlichen Grundlage beruhen. Die GLP-Fraktion steht der Motion grundsätzlich positiv gegenüber. Die Zertifikatspflicht für die Kantonsratssessionen soll sich an die Umsetzung auf Bundesebene anlehnen und selbstverständlich nur so lange gelten, wie sie aus epidemiologischer Sicht notwendig ist. Für die Bevölkerung gilt zurzeit für verschiedene Bereiche die Zertifikatspflicht, wie beispielsweise in Restaurants, Fitness-Centern, Hallenbädern, Museen usw. Darum soll

der Kantonsrat gegenüber der Bevölkerung eine Vorbildrolle einnehmen und keinen Extrazug fahren. Die Auferlegung der Zertifikatspflicht ist aus unserer Sicht im öffentlichen Interesse, im Sinn einer Gleichbehandlung, verhältnismässig und zumutbar. Wie die Lösung konkret auszusehen hat, um allen Parlamentsmitgliedern mit diesen Rahmenbedingungen die Teilnahme an den Sessionen zu ermöglichen, überlassen wir dem Regierungsrat. Einen möglichen Lösungsansatz hat Mario Cozzio mit seiner Motion M 418 über die Möglichkeit zur digitalen Teilnahme an Sessionen in Ausnahmefällen bereits geliefert. Wie sieht die Rückkehr in den Kantonsratssaal finanziell aus? Die potenziellen Einsparungen von mehreren Zehntausend Franken pro Session sind definitiv nicht unerheblich. Im Weiteren könnten auch die personellen Zusatzaufwände eingespart werden. In diesem Sinn ist die GLP-Fraktion für die volle Erheblicherklärung dieser Motion.

Mario Bucher: Ich stehe heute vermutlich ziemlich allein da, wenn ich bekunde, dass ich das Zertifikat per se und ganz generell ablehne. Auf keinen Fall darf ein Zertifikat überhand über unser Wohlbefinden gewinnen. Das Zertifikat gilt es deshalb in meinen Augen konsequent abzulehnen. Ich frage Sie deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie lange wir diese Zertifizierung des Menschen noch gewährleisten wollen. Was tun wir noch alles, damit wir uns zertifizieren können? Im Sommer 2022 laufen rund 3 Millionen Zertifikate von doppelt Geimpften aus. Gibt es dann nur noch die Teilhabe am Leben mit einem Booster? Und das Jahr darauf nochmals? Und wieder und wieder? Ich bin mir auch nicht zu schade zu sagen, dass wir dies für 11 000 Tote während der ganzen Pandemiezeit machen. Wir füttern damit ein paar wenige Pharma-Familien. Vielleicht wird dadurch ja der FC Basel wieder besser. Aber unserer Bevölkerung in Luzern und der ganzen Schweiz helfen wir so nicht, weder wirtschaftlich noch gesundheitlich. Es ist ein absoluter Rückschritt in der Menschlichkeit. Ich unterstütze diese Art zu leben nicht. Ich frage mich, was wir noch alles tun müssen, damit wir die Obrigkeit zufriedenstellen können. Ich sehe in diesem Handeln keine Tat eines Vorbildes. Ich frage Sie wirklich, wie lange Sie dieses Zertifikat in unserem Leben noch zu nutzen gedenken. Ich erinnere mich daran: «Es ist ja nur eine Maske». Wir tragen sie noch heute, und wenn wir sie loswerden wollen, dann brauchen wir halt ein Zertifikat. Das hat doch nichts mit Gesundheit zu tun. Ich bitte Sie konsequent zu sein: wenn wir dieses Zertifikat schon einführen wollen, dann sollen sich auch die Geimpften und die Genesenen vor der Session testen lassen. Denn die Impfung bietet keinen Schutz und kostet einzig und allein Steuergelder. Das ist Geld von uns allen für ein paar wenige. Ich stehe hier und habe kein schlechtes Gewissen Ihnen zu sagen, dass ich unseren Umgang mit dem Tod und unsere angestrebte Lebensweise ablehne. Dies hat nichts mit einem gesunden, freundlichen und glücklichen Leben zu tun, das auf Vertrauen basiert. Es bewirkt in allem das Gegenteil. Ich lehne dies konsequent ab.

Marcel Budmiger: Die letzten beiden Sessionen, welche wir hier in Sursee abgehalten haben, zeigen die Nachteile der Durchführung ausserhalb des Kantonsratssaales deutlich. So mussten etwa Sessionstage abgesagt werden, weil der Aufwand für den Aufbau für nur einen oder einen halben Tag schlichtweg zu gross ist oder die Stadthalle nächste Woche während unseres eigentlich dritten Sessionstages leider anderweitig besetzt ist. Nun müssen wir Traktanden umstellen, damit die Auszahlung der Covid-19-Hilfsgelder rechtzeitig erfolgen kann und damit Gesetze wie geplant in Kraft treten können. Der für Vorstösse reservierte Halbtag kann so das erste Mal, seit ich Mitglied in diesem Rat bin, nicht ordnungsgemäss durchgeführt werden, eben weil wir zu wenig Zeit haben, weil wir unter anderen Umständen tagen müssen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Die Motion von Adrian Nussbaum will nun die gesetzlichen Grundlagen schaffen, dass wir wieder in den Kantonsratssaal zurückkehren können, zurück zur Normalität und zurück zu einem geregelten Ratsbetrieb. Die SP unterstützt dies. Es darf aber nicht ausschlaggebend sein, dass die Kosten und der Aufwand hoch sind. Es geht um unsere Demokratie, die es uns etwas Wert sein sollte. Die negativen Auswirkungen des heutigen Regimes auf den Ratsbetrieb sind schlichtweg zu gross. Mit einer freiwilligen Zertifikatspflicht – wir hatten es probiert – hätten wir schon heute wieder im Kantonsratssaal tagen und nächste Woche unsere Vorstösse abarbeiten können. Eine kleine Minderheit in diesem Saal will dies nicht und erzwingt nun eine Gesetzesänderung, damit wir

wieder zu einem geordneten Ratsbetrieb zurückkommen können. Dies ist ihr gutes Recht. Selbstverantwortung nimmt man entweder wahr oder nicht, erzwingen lässt sie sich nicht. Was wir aber können, ist eine gesetzliche Grundlage für eine Zertifikats- oder Testpflicht an den Ratssitzungen einführen. Die Ausgestaltung ist offen, und sie ist es auch im Vorstoss von Adrian Nussbaum. Im Bundeshaus muss man eine Maske tragen, wenn man sich weigert, ein Zertifikat zu zeigen. Im Kanton Solothurn sitzen die Testverweigerer auf der Tribüne und können von dort aus ihre demokratischen Rechte wahrnehmen. All dies lässt sich auch bei uns im Luzerner Kantonsratssaal umsetzen, auch wenn der Umstand, dass dies gesetzlich geregelt werden muss und nicht eigenverantwortlich gelöst werden kann, ein eigentliches Trauerspiel ist. Für die SP ist es auch klar, dass Tests für die Teilnahme an den Ratssitzungen kostenlos sein müssen. Wir wollen niemanden ausschliessen. Alles, was es zu einer Teilnahme an den Ratssitzungen braucht, ist der Nachweis, dass die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung sehr klein ist. Dies kann sein, weil man geimpft oder genesen ist oder weil man vor der Session in einen Becher spuckt, um sicherzugehen, dass man die Gesundheit der anderen Ratsmitglieder nicht gefährdet. Ich bitte Sie, unterstützen Sie diese Regelung, und denken Sie an die Gesundheit. Zur Testpflicht, welche Monique Frey in ihrem Votum gefordert hat, ist anzumerken, dass sie ebenfalls im Vorstosstext enthalten ist.

Yvonne Hunkeler: Basel-Stadt hat als einer der ersten Kantone die «Zertifikatspflicht light» für das Parlament eingeführt. Ich zitiere aus einem Votum an vorderster Front: „Wir als Parlamentarier tragen eine besondere Verantwortung in dieser Krise. Es kann nicht sein, dass sich beispielsweise Wirtinnen und Wirte an eine Zertifikatspflicht halten müssen, diese für das Parlament aber nicht gilt.“ Dies sagt notabene Joël Thüring, Fraktionsmitglied der SVP Basel-Stadt. Gerade gestern hat der Landrat des Kantons Nidwalden als erster Zentralschweizer Kanton eine freiwillige Zertifikatspflicht eingeführt. Überall gilt eine Zertifikatspflicht, nur wir hier im Parlament sollen einen Sonderzug fahren. Dies ist unsolidarisch. Ohne Zertifikatspflicht verursachen wir pro Session Kosten von 60 000 Franken, Geld, das wir anders einsetzen könnten. Auch dies ist unsolidarisch. Über hundert Personen müssen an zwei Sessionstagen eine Maske tragen, weil sich vielleicht zehn oder fünfzehn Kollegen oder Kolleginnen – primär von der SVP – nicht testen lassen wollen. Es geht nicht ums Impfen, sondern ums Sich-testen-Lassen. Das ist unverhältnismässig und unsolidarisch. Es geht auch nicht um das Ausüben der politischen Rechte, sondern nur darum, sich testen zu lassen oder nicht. Unterstützen Sie die volle Erheblicherklärung der Motion von Adrian Nussbaum. Wir könnten so ein klares Signal setzen. Vielleicht gibt es dann ja doch noch eine rasche Lösung. Springen Sie also über Ihren Schatten, und bieten Sie Hand, vielleicht sogar noch für eine rasche Lösung.

Samuel Zbinden: Ich möchte kurz ausführen, warum ich zusammen mit einer Mehrheit der Fraktion für eine teilweise Erheblicherklärung der Motion bin. Seit einiger Zeit gilt für viele Veranstaltungen und Orte eine Zertifikatspflicht. Die Grünen und Jungen Grünen unterstützen dies selbstverständlich, zwar nicht aus Begeisterung, jedoch weil es einfach vernünftig ist, denn die Alternativen wären weitere Schliessungen und Grundrechtseingriffe oder aber eine unkontrollierte Durchseuchung. Ich will da gar nicht weiter darauf eingehen, das ist ja allen hinlänglich bekannt, und die Impfung ist der einzige sinnvolle Weg aus der Pandemie. So viel zur Klarstellung. Darum stellt sich schon die berechnete Frage, warum die Politik von anderen Bereichen eine Zertifikatspflicht einfordert, wenn sie dies für sich selber anders macht. Für mich ist es klar, dass wir als Rat in der Krise eine Vorbildfunktion einnehmen sollen. Diese nehmen wir nun aber schon zu einem Teil wahr, indem wir Abstand halten und Masken tragen. Es ist jedoch verkürzt zu sagen, das Zertifikat sei die einzige Lösung. Das Ziel der Motion ist dann aber auch gar nicht die Vorbildrolle, und es geht dabei auch nicht um den Schutz der Gesundheit oder um ein möglichst tiefes Ansteckungsrisiko. Ansonsten hätte man nämlich eine Zertifikatspflicht hier in diesem Saal gefordert. Vielmehr geht es darum – und das sagt Adrian Nussbaum ganz verblümt –, die Kosten vermeintlich tief zu halten und möglichst rasch in den Kantonsratssaal zurückzukehren und endlich nicht mehr die blöde Maske tragen zu müssen. Ich möchte dieses Ziel nicht infrage stellen, das

kann man durchaus so sehen. Ich will einfach, dass wir hier ehrlich darüber reden, dass es um Kosten geht und nicht um mehr oder weniger Schutz. Nun sprechen wir über die Kosten: Was denken Sie, was wird wohl teurer: wenn wir für einige Zehntausend Franken noch für ein paar Tage in einem grösseren Saal mit Zertifikat und Abstand bleiben und somit den grösstmöglichen Schutz haben oder wenn wir vorschnell in den Kantonsratssaal zurückkehren und so nur schon einen einzigen intensiv-behandelten Patienten oder einen Long-Covid-Fall mehr auslösen? Egal ob im Kantonsratssaal oder hier, ich kann mir eine Zertifikatspflicht absolut vorstellen, allerdings unter zwei Bedingungen, und dementsprechend lautet unser Antrag auch auf teilweise Erheblicherklärung: Erstens muss es für alle Ratsmitglieder möglich sein teilzunehmen, auch wenn sie aus für mich völlig unverständlichen Gründen auf eine Impfung verzichten oder sich gegen das Testen wehren. Als Beispiel dazu dient die Bundeslösung mit Maske und Abstand für Personen ohne Test. Zweitens muss der epidemiologischen Lage und dem grösstmöglichen Schutz oberste Priorität eingeräumt werden, und der Wunsch, in den Kantonsratssaal zurückzukehren, untergeordnet bleiben. Auch ich würde gerne in den Kantonsratssaal zurückkehren, aber schon jetzt zu sagen, wir machen ein Gesetz und dann können wir fix zurück, halte ich für falsch. Die Vorbildrolle können wir so wahrnehmen und nicht nur allein über das Zertifikat. Dies ist nicht ganz einfach, aber die Politik ist eben nicht immer schwarz oder weiss. Es gibt auch Grautöne, und einen solchen möchte ich heute betonen. Danke.

Vroni Thalmann-Bieri: Lassen Sie mich das Ganze einmal von der operativen Seite her beleuchten. Ich bin weder eine Verschwörerin noch eine Impfgegnerin, mit dem Zertifikat bin ich auch nicht wirklich happy, aber ich nehme die Situation so, wie ich sie halt einfach nehmen kann, und ich nehme sie sehr pragmatisch. So wurde ich angegriffen, weil ich an der Kantonsratspräsidentenfeier war und mich dafür testen lassen musste. Ja ich teste, jedoch nur mit dem nasalen Test, weil ich halt einfach eine etwas empfindliche Nase habe. Der nasale Test ist jener, der nur in beide Nasenlöcher geht, aber nicht in den Nasen-Rachen-Raum. Wenn ich weiterhin testen müsste, komme ich damit aber schon bald in eine Zwickmühle. Denn das Bundesamt für Gesundheit (BAG) fragt nämlich die Kantone in der letzten Zeit immer mehr an, was man machen könne, dass jene, die sich nicht testen lassen, etwas mehr unter Druck geraten könnten. Genau dies ist aktuell wieder am Laufen, indem das BAG den nasalen Test als für ein Zertifikat nicht mehr zulässig anerkennen will, diese Testkategorie also kurzum verbietet. Dann ist es aber sicher, dass ich dann zu Hause bleiben muss, selbst wenn ich keine Symptome hätte und so an der Session teilnehmen könnte. Ich empfinde so etwas schlicht übertrieben und halte es für eine unzulässige Diskriminierung. Vermutlich werden zahlreiche ausländische Feindschaften weniger diskriminiert als unsereins in der Politik, wenn man nicht impft, weil man nicht kann, nicht will oder es einfach nicht tut und auch wenn das Testen nicht mehr in dem Rahmen möglich ist, wie man sich damit arrangiert hat. Wenn ich dann schon für den Test bezahlen muss, dann will ich auch mitreden können, welchen ich will. Daher lehne ich die Motion ab.

Daniel Rüttimann: Der Kantonsratskollege Mario Bucher hat seine persönliche Haltung dargelegt, welche es zu respektieren gilt. Aus meinen Erfahrungen in verschiedenen Funktionen während dieser Pandemie halte ich fest, dass meine persönliche Meinung dabei keine oder bestenfalls eine untergeordnete Rolle gespielt hat, aber die Verantwortung für die Gesellschaft, für die Pflegeheime, für die Schulen, für die Spitex, für die Verwaltung und für die Mitarbeitenden zuoberst stand. Wenn man in verantwortungsvollen Rollen ist, braucht man einen Blick für das Ganze, dann analysiert man in der Breite und prüft die Verhältnismässigkeiten. Die Regierung hat doch schon vor knapp einem Jahr gesagt, das Fordern und Reklamieren sei einfach, wenn man selber nicht in der Verantwortung stehe. Ich unterstütze daher die Motion. Wir müssen eine Vorbildfunktion wahrnehmen und Verantwortung übernehmen.

Armin Hartmann: In meiner Vorbemerkung komme ich auf die Antwort der Regierung zum Vorstoss zurück. Die Haltung der Regierung überrascht mich, denn traditionsgemäss hält sie sich zurück, wenn es um Angelegenheiten des Kantonsrates geht. Hier hat sie diese Linie verlassen. Corona ist eine schwierige Frage. Corona reisst überall Gräben auf, sowohl in

Familien wie auch in Parteien, wie wir eben gehört haben. Mit der heutigen Diskussion sind wir ein Kapitel weiter. Ich habe selbst auch viel gelernt, indem ich zahlreiche Gespräche geführt und auch Umfragen in der Fraktion gemacht habe. Ich komme zur Erkenntnis, dass die bisher geführte Diskussion unvollständig ist. So geht die Diskussion davon aus, dass sich bei einer Zertifizierungspflicht alle den 3G-Regeln unterstellen werden. Obwohl ich nicht zu diesen gehöre, musste ich lernen, dass gewählte Leute zu Hause bleiben werden, wenn wir das einführen. Nun stellt sich die Frage, wer dann das Problem hat: Jene, die zu Hause bleiben, haben ein Problem – das ist richtig. Aber wir als Kantonsrat haben dann auch ein Problem, weil wir so die Meinungen der Bevölkerung nicht mehr proportional abbilden. Also bin ich persönlich der Meinung, dass wir davon die Finger lassen sollten. Wir kümmern uns sonst im Kanton doch so sehr darum, dass die Meinungen proportional abgebildet sind. So haben wir beispielsweise Wahlkreisverbände eingerichtet und vieles mehr. Nur hier sind wir bereit, Leute quasi nach Hause gehen und sich von der politischen Debatte ausschliessen zu lassen. Das geht für mich zu weit. Natürlich kann nicht jede Minderheit ihre Bedingungen erklären, wann man hier erscheint. So kann man nicht verkünden, dass jeweils um neun Uhr an jedem Platz ein Kaffee und ein Gipfeli stehen müssen, ansonsten komme man nicht. Corona ist jedoch politisch derart relevant, dass Sie gerade bei dieser Frage diesen Schritt nicht gehen dürfen. Ich wurde aufgerufen, Varianten für die nächste Geschäftsleitungssitzung vorzuschlagen. Daran soll es nicht scheitern. Die SVP ist offen für eine Diskussion und unterstützt ganz klar den Wunsch, so rasch wie möglich in den Kantonsratssaal zurückzukehren. Die Masken müssen Sie übrigens nicht wegen der SVP tragen. Die SVP hat eine klare Haltung vertreten, dass hier drin rechtlich gesehen keine Masken nötig wären. Es sind andere Kräfte, die das so wollen. In diesem Sinn fasse ich zusammen: Die SVP ist offen für eine Diskussion und offen für gute Lösungen für eine rasche Rückkehr in den Kantonsratssaal, und vor allem ist die SVP bereit, nach Gemeinsamkeiten statt Differenzen zu suchen. Daher werden wir die Motion heute ablehnen.

Josef Wyss: Im März 2020 musste ich in meiner damaligen Rolle als Kantonsratspräsident mitentscheiden, ob wir die parlamentarischen Debatten auswärts durchführen müssen und nicht mehr im Kantonsratssaal. Das war zu diesem Zeitpunkt ein verhältnismässiger Entscheid, damit wir unsere Rechte und Pflichten weiterhin wahrnehmen konnten. Heute sieht das anders aus, denn heute ist es verhältnismässig, wenn wir nach Lösungen für die Rückkehr suchen. Heute will ich als alt Kantonsratspräsident einen Beitrag dazu leisten, diesen Wechsel wieder möglich zu machen. Ich vermute, dass die grösste Mehrheit der hier im Saal Versammelten geimpft sind. Dann gibt es ein paar, welche bereit sind, sich testen zu lassen. Zusammen sind das die absolute Mehrheit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Ich selbst habe ebenfalls den Wunsch, das Zertifikat nicht mehr zu brauchen und dass diese Pandemie endlich zu einem Ende kommt. Ich komme zurück auf die Verhältnismässigkeit: Wir müssen doch versuchen, eine verhältnismässige Lösung zu finden, die es uns erlaubt, einerseits unsere Rechte und Pflichten wahrzunehmen, und die es uns andererseits auch erlaubt, sie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu verantworten. Falls es dann irgendwie noch eine Speziallösung für Leute brauchen sollte, die nicht bereit sind, sich testen zu lassen, also die 3G-Regel einzuhalten, so gäbe es sicher eine Möglichkeit, auf der Tribüne die Abstände sicherzustellen. Ich bin überzeugt, es werden nur ganz wenige sein. Ich bedaure, dass wir eine solche Motion überhaupt verabschieden müssen im Wissen darum, dass die Umsetzung dann ja nochmals viel Zeit braucht. Ich finde es schade. Ich hätte mir eine freiwillige Lösung gewünscht, denn diese hätten wir bereits an der nächsten Session einführen können, und eine solche hätte uns die Verhältnismässigkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern problemlos vertreten lassen. Wir haben die Chancen und auch die Risiken angeschaut und konnten hinter diesem Entscheid stehen. Da dies aber nicht geht, sehe ich ebenfalls nur mehr den Weg, diese Motion zu überweisen.

Korintha Bärtsch: Eigentlich wollte ich mich nicht zu diesem Thema äussern. Der Verlauf der Diskussion liess mich nun aber doch nicht einfach auf dem Stuhl sitzen bleiben. Eine politische Meinungsäusserung muss immer möglich sein. Es gibt nur ganz wenige Gründe,

Leute ihre Meinung nicht kundtun zu lassen. Auch muss die Teilnahme an einer Parlamentsveranstaltung im Grundsatz für alle möglich sein, was es zu ermöglichen gilt. Von verschiedenen Seiten wurde angeführt, dass wir eine Vorbildfunktion gegenüber der Bevölkerung haben, und genau für diese müssen wir ein Vorbild sein. Wir sollen solidarisch miteinander sein, habe ich von der Mitte, aber auch von der SVP mitbekommen. Diese Meinung teile ich. Wir müssen es ermöglichen, dass wir hier unsere demokratischen Rechte wahrnehmen können, mit welchen wir die Bevölkerung vertreten. Aber auch hier will ich die SVP zwar nicht gerade in die Pflicht nehmen, aber doch dazu ermuntern, solidarisch zu sein und die Möglichkeiten auszuloten und sie zu sehen. Unser Antrag auf teilweise Erheblicherklärung der Motion erfüllt genau dies. Wir wollen es allen ermöglichen, mit einer Maske an unseren Veranstaltungen teilnehmen zu können, selbst wenn wir mit einem Zertifikat arbeiten. Dies entspricht der heute bestehenden Situation, welche ich nicht als ein Ausschliessen ansehe, auch wenn wir wieder im Kantonsratssaal zurück sein werden, sondern es ist die Ermöglichung der möglicherweise besten Situation, also ein diesbezüglich bestmöglicher Umgang mit der Pandemie. Darum ermuntere ich die SVP und alle andern, die diese Motion ablehnen wollen, das Problem nicht einfach wegzulegen und zu erklären, dass es einen nichts angehe beziehungsweise alles schlecht sei, was wir hier anschauen, sondern die Solidarität auch zu zeigen und es miteinander zu ermöglichen, einen Schritt vorwärts zu gehen.

Hannes Koch: Ein herzlicher Dank an die Mitte und Adrian Nussbaum für die Eingabe der Motion, denn genau die heute diskutierten Themen sind zentral und wichtig. Es werden Meinungen auf den Tisch gebracht und Haltungen gezeigt. Schliesslich geht es ja in unserem Parlamentsbetrieb genau darum. Kurz ein paar Punkte als Zusammenfassung: Wir haben eine Pandemie, es sterben Menschen, nichts tun geht nicht, und es wird geimpft oder getestet. Das sind unsere Spielregeln. Wie erwähnt, müssen alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier an den Sessionen teilnehmen können, und ihre Sicherheit sowie jene von denen, die den Ratsbetrieb ermöglichen, und schliesslich von der ganzen Bevölkerung stehen im Vordergrund. Das ist zentral. Darum soll die Motion teilweise erheblich erklärt werden, damit die Regierung so eine Gesetzesgrundlage für eine Zertifikatspflicht ausarbeiten kann, welche zum Ziel hat, die Sicherheit zu erhöhen.

David Roth: Letzte Woche war für mich die erste Woche, in der keine Sitzungen online stattgefunden haben, sondern alle vor Ort. Das war auch bei grösseren Sitzungen so, an denen 25 Pöstlerinnen und Pöstler zusammengekommen sind mit ganz unterschiedlichen Haltungen zur Corona-Politik. Die einen haben sich überwunden und haben sich getestet, obwohl sie die Kosten selbst übernehmen mussten. Andere kamen mit dem durch die Impfung erhaltenen Zertifikat an die Sitzung. Noch einmal andere hatten zwar die Impfung, zogen sich aber trotzdem eine FFP-2-Maske an, weil die Situation ihnen zu unsicher war. Das waren alles Leute, die an der Sitzung eines Gremiums teilgenommen haben, weil ihnen dieses Gremium wichtig ist und weil sie mit ihren ganz individuellen Präferenzen im Umgang mit der Pandemie eine Lösung gefunden haben, wie sie an der Sitzung teilnehmen können. Wir haben den Rahmen dafür bereitgestellt, dass die verschiedenen Ansätze möglich waren. Das wäre auch beim Kantonsrat möglich. Es überrascht mich, wenn Bernhard Steiner aus einer Partei, die alle Massnahmen ablehnt, jetzt plötzlich gesundheitliche Bedenken äussert. Ihre Haltung, die Sie sonst in der Politik vertreten, gefährdet zurzeit die Gesundheit der Menschen in diesem Land. Sie sind komplett inkonsequent, wenn Sie selbst das Testen ablehnen, welches ein minimalinvasiver Eingriff ist und man sogar bloss in ein Röhrchen spucken kann. Selbst dieser Beitrag ist Ihnen zu viel. Das ist der Punkt. Sie sind nicht bereit, einen Beitrag zum normalen Funktionieren der Gesellschaft und zur Bekämpfung der Pandemie zu leisten. Ich verstehe auch die Haltung der Grünen und Jungen Grünen überhaupt nicht. Sie können an den Sessionen im Kantonsratssaal mit allen Schutzmassnahmen teilnehmen. Im Vorstoss ist erwähnt, dass man das Testen einbeziehen kann. Niemand verbietet Ihnen, im Kantonsratssaal eine FFP-2-Maske anzuziehen. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle nach bestem Wissen und Gewissen und nach ihren privaten Präferenzen an den Sitzungen teilnehmen können und gleichzeitig

das Funktionieren des Kantonsrates optimal ist, und das ist nun einmal im Kantonsratssaal deutlich besser als hier.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Zuerst zu einem Votum mit der Frage, warum sich die Regierung dazu äussert, nachdem sie hier in der Regel ja sehr zurückhaltend ist: Ja, die Regierung ist sehr zurückhaltend, wenn es um Ihren Ratsbetrieb geht. Wir sind nun aber in einer Pandemie, und es kann nicht sein, dass sich die Regierung zu einer solchen Frage unter diesen Umständen nicht äussert. Die Regierung ist klar der Ansicht, dass wir Ihnen die gesetzliche Grundlage zu dieser Motion sehr rasch unterbreiten werden, und wir beginnen mit der Ausarbeitung, gleich nachdem die Abstimmung erfolgt ist. Sie haben dann die Möglichkeit, diese Ausarbeitung anzunehmen oder abzulehnen oder allenfalls noch zu verändern. Die Regierung steht für eine volle Erheblicherklärung der Motion. Persönlich finde ich, Sie sollten eine einfache, klare Regelung finden, mit der wir zu einem geregelten Betrieb zurückfinden. Die Regierung ist bereit, hier einen Express-Service zu liefern.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen Erheblicherklärung mit 82 zu 31 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat die Motion mit 91 zu 22 Stimmen erheblich.